

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesner.  
Genuss Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts,  
des Amtsantwärtigkeits beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptamts Meissen.

Postkonton: Dresden 1533  
Circuloffo Riesner Nr. 52.

Nr. 116.

Montag, 19. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Monat 2,20 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 20 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklametzelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife, Bemerkungen, Rabatte erteilt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Anzeigerbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungs-Einrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

## Hannover verbleibt bei Preußen.

Hannover, 19. Mai. Das Ergebnis der gestern erfolgten Abstimmung in Hannover, die darüber entschied, ob über die eventuelle Bildung eines selbständigen Landes Hannover überhaupt eine Volksabstimmung stattfinden soll, ist folgendes: Von der Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten 1770000 haben 438961 mit „Ja“ gestimmt. Da jedoch die Anhänger einer Trennung Hannovers von Preußen ein Drittel der Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten, also 590000 Stimmen, aufbringen mußten, hat die Abstimmung für einen Verbleib Hannovers bei Preußen entschieden.

Die am Sonntag in hannoverschen Gebieten durchgeführte Volksabstimmung über die weitere Zugehörigkeit zu Preußen hat die Befürwortung des westfälischen Separatismus groß beachtet. Es ist ein Glück, daß die Bevölkerung von Hannover es abgelehnt hat, sich für die Ziele der deutsch-hannoverschen Loslösungsbewegung zu entscheiden. Die französische Politik, der es bisher nicht gelungen ist, ihre Bestrebungen auf Verwirklichung des Deutschen Reiches zum Erfolg zu führen, hätten einen Sieg feiern können, wenn die Abstimmung in Hannover die erforderliche Mehrheit für die Sezessionierung Preußens ergeben hätte. Das sind elementare Wahrheiten, deren Kern man in der deutsch-hannoverschen Bewegung weder einsehen kann, noch einsehen will. Man wird den Führern der Welfen nicht ohne weiteres absprechen wollen, daß sie sich als gute Deutsche fühlen und nicht die Absicht haben, den Bestand des Deutschen Reiches zu gefährden. Sie haben aber unbewußt schwere Gefahren für unser Vaterland heraufbeschworen, indem sie die Kostrennung Hannovers vom preussischen Staat anstrebten. Nur durch die Zusammenfassung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Ganzen ist es der Politik Bismarcks gelungen, Deutschland zur Größe zu führen. Das einzige deutsche Reich stand dem Vorkämpfer als das Schicksal vor Augen, und sein Grundgesetz, Preußen als größten Bundesstaat zu erhalten, hat die Festigkeit der Reichsglieder gewährleistet.

Die westfälischen Separatisten scheinen vor allen Dingen zu übersehen, zu welchen Folgen eine Kostrennung Hannovers von Preußen führen würde. Wenn erst einmal Hannover sich von Preußen losgelöst hat, so werden auch die rheinischen Separatisten es für zulässig halten, eine Volksabstimmung über die Kostrennung der Rheinlande zu veranstalten. In

der rheinischen Bevölkerung aber würde man in Anbetracht der vollständigen legal erfolgten Loslösung Hannovers den klaren Blick über den laubensverderblichen Charakter der separatistischen Bewegung verlieren. Es würde sich dann der Verzicht verweisen, daß der rheinische Separatismus, der tatsächlich die Annäherung an Frankreich bestritt, mehr zu erreichen sucht, als nur die Errichtung eines selbständigen rheinischen Bundesstaates.

Die außerordentliche Zerstückelung der deutschen Parteien ist gerade für das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten eine schwere Gefahr und würde außerordentlich gesteigert werden, wenn aus dieser parteipolitischen Spaltung auch noch die staatliche Zerstückelung eintreten sollte. Die Kämpfe zwischen Bayern und dem Reich haben zur Genüge bewiesen, daß die politischen Gegensätze sich auch in den Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten in sehr heftiger Weise auswirken, und es müßte geradezu einen Anreiz für alle unzufriedenen Elemente bilden, die Loslösung von irgend einem deutschen Gliedstaat anzustreben, um der mißliebigen Regierung entgegen treten zu können. Gegenüber Bayern hatten die westfälischen Sozialdemokraten verstanden, mit der Erhebung der Loslösung der Westfälischen zu operieren. Es zeigte sich dabei das klassische Schicksal, daß es den Franzosen immer wieder gelang, aus den inneren deutschen Auseinandersetzungen dunkle Quellen des Separatismus zu speisen. Gegenüber derartigen Erscheinungen muß die Einheit des Reiches und die Unverletzlichkeit der deutschen Einzelstaaten mit allen Machtmitteln geschützt werden.

In den parlamentarischen Kreisen beabsichtigt man bereits, den Artikel 18 der Reichsverfassung, der den westfälischen Separatisten die Veranstaltung einer Abstimmung ermöglicht hat, nunmehr aufzuheben. Ein solcher Schritt wäre im Interesse der Aufrechterhaltung des staatlichen Organismus in Deutschland unbedingt zu begrüßen. Der Artikel 18 der Reichsverfassung ist überflüssig, weil weder wirtschaftliche, noch politische Erwägungen für eine Selbständigmachung deutscher Gebiete bestehen. Die Beilegung dieses ungemein gefährlichen Artikels der Reichsverfassung würde auch die einzige Gewähr dafür bieten, daß die westfälischen Separatisten in Zukunft mit ihren reichsfeindlichen Bestrebungen keine Erfolge erzielen werden.

## Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten.

Berlin. Reichskanzler Dr. Marx hatte eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Ebert, an der er das Gelingen richtete, namentlich die Vorverhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts in die Hand zu nehmen. Der Reichspräsident wird namentlich die Führer der Deutsch-nationalen empfangen, um im Anschluß daran die Fühlungnahme mit den gegenwärtigen Regierungsparteien aufzunehmen. Wie wir hören, hat der Reichspräsident die Absicht, den Wunsch auszusprechen, daß die Parteien ihm noch vor dem Zusammenritt des Reichstages Mitteilung darüber machen, welche Persönlichkeiten sie mit der Kabinettsbildung beauftragt zu wissen wünschen. Wenn es nicht gelingen sollte, bis zu einem bestimmten Termin den Kandidaten für den Reichskanzlerposten seitens der Parteien zu nominieren, wird Reichspräsident Ebert voranschreitend an den Reichskanzler Dr. Marx das Gelingen richten, die Neubildung des Kabinetts in die Hand zu nehmen.

## Ein alliierter Schritt bei der deutschen Regierung.

Berlin. Wie unser außenpolitischer Mitarbeiter erzählt, haben die alliierten Vorkämpfer bei der Reichsregierung einen Schritt unternommen, um über die Verhandlung des Sachverständigen-Gutachtens durch eine neue deutsche Regierung Aufklärung zu verlangen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Deutschland über die Sachverständigen-Vorschläge hätten ernste Besorgnisse in Kreisen der alliierten Regierungen hervorgerufen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die einmal ausgesprochene Annahme des Sachverständigen-Gutachtens ausreicht erhalten bleiben müsse, da sonst die alliierten Regierungen nicht in der Lage seien, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen. Diesem wäre man gewogen, die in den Organisationsausschüssen eingeleiteten Arbeiten wieder einzustellen und Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die eine anderweitige Sicherstellung der Reparationsforderungen an Deutschland ins Auge faßen.

## Der Deutsche Tag in Breslau ruhig verlaufen.

Berlin. Der gestern in Breslau veranstaltete Deutsche Tag ist den Blättern zufolge bis auf einen unbedeutenden Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Stahlhelmleuten, wobei die Polizei die Ruhe bald wiederherstellen konnte, ohne Zwischenfall verlaufen.

## Der Montag in Fürstentum durch Kommunisten geküßt.

Fürstentum bei Berlin. Kommunisten aus Berlin verhafteten eine von ehemaligen Angehörigen des hiesigen Monarchenvereins veranstaltete Feier zu feiern. Die anwesenden Kommunisten wurden in bereitenden Büchern sofort wieder nach Berlin zurücktransportiert. Es kam nur zu kleineren Zusammenstößen mit der Polizei, durch drei Polizeibeamte, einer davon ziemlich schwer, durch mehrere schwer verwundet wurden.

## Ein Koffrei der Ausgewiesenen und Bedrängten.

Berlin. Der Reichsverband der Ausgewiesenen und Bedrängten von Rhein und Ruhr erläßt folgende Kundgebung: Die am Fuße des Oberrheins vertriebenen Mitglieder des Reichsverbandes der Ausgewiesenen und Bedrängten von Rhein und Ruhr stellen vor aller Welt fest, daß mehr als 130000 wegen Erfüllung ihrer vaterländischen Pflichten von Haus und Hof Vertriebenen nach Jahr und Tag immer noch von ihrer Heimat getrennt sind und daß über 1200 Gefangene aus gleichem Grunde in den Gefängnissen schmachten, obwohl der passive Widerstand von der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes längst aufgegeben ist. Sie fordern die gesamte zivilisierte Welt auf, dahin zu wirken, daß die Ausgewiesenen in ihre Heimat, ihre Wohnstätten und ihre Berufstätigkeit zurückkehren können und die Gefangenen freigelassen werden.

## Die Beratungen über die Goldnotenbank mit Lord Rindfleisch.

Berlin. In den Meldungen einiger Blätter über eine vorherige Kontrolle der Gelegeten zur Ausföhrung des Sachverständigen-Gutachtens durch englische Delegierte wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß in der Tat Vorbesprechungen über diese Entwürfe mit englischen Sachverständigen stattfinden werden. Es könne allerdings keine Rede davon sein, daß etwa Lord Rindfleisch, der von englischer Seite als sachverständiger Delegierter dem Ausschuss der Goldnotenbank angehört wird, bestimmend auf die Gestaltung der Gelegeten einwirken wird. Vielmehr handelt es sich nur darum, daß diese Besprechungen mit Lord Rindfleisch die Ansicht der englischen Mitglieder der Kompo feststellen sollen, um von vornherein Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und eine gemeinsame Verständigung herbeizuföhren. Genauso wenig zutreffend sei es, daß die Gelegeten vor der nächsten Zusammenkunft der interalliierten Regierungen angenommen sein müßten. Die deutsche Regierung habe nur mit der Kompo zu tun und ein bestimmter Termin werde überhaupt noch nicht fest.

## Der Schiedsspruch von den Bergarbeitern abgelehnt.

Ossen. Wie der Alte Bergarbeiterverband mitteilt, haben der Verband der Bergarbeiter Deutschlands und der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter den am Freitag in Berlin gefällten Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

## Der Zeichenverband nimmt an.

Ossen. Der Zeichenverband hat ein Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in dem er erklärt, daß er sich trotz schwerwiegender Bedenken zu einer Annahme des Schiedsspruches für den Ruhrbergbau entschlossen habe. Letztend damit sei für ihn die Absicht gewesen, alles zur Möglichen zu tun, um die bestehenden Arbeitsstreitigkeiten mit ihren verderblichen Folgen zu beenden.

## Aufruf der Bergarbeiterverbände.

Hochum. Die vier Bergarbeiterverbände erlassen gemeinsam folgenden Aufruf:

Kameraden! Die Bergarbeiterverbände haben in ihren Konferenzen am 17. Mai 1924 zu dem Berliner Schiedsspruch Stellung genommen. Auf allen Konferenzen wurde der neu geschaffene Mantellarif für annehmbar erklärt. Einstimmig jedoch wurde das Mehrheitsabkommen entschieden abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil weder eine besondere Bezahlung noch ein tariflicher Aufschlag für die Ueberarbeit in diesem Schiedsspruch vorgelesen sind. Die festgesetzte Frist für das Mehrheitsabkommen, das bis zum 31. März 1925 unläßbar laufen soll, ist von zu langer Dauer. Das Zweischichtensystem für die durchgehenden Betriebe mit einer Wochenarbeitszeit von 55 Stunden muß als besondere Härte für die davon betroffenen Arbeiter angesehen werden. Klar und deutlich brachte die Konferenz zum Ausdruck, daß die Ruhrbergarbeiter gewillt sind, Ueberarbeit aus volkswirtschaftlichen Gründen zu leisten, wenn dieselbe als solche anerkannt und dementsprechend bewertet wird. Nach wie vor ist die Bergarbeiterchaft bereit, zu der tariflich zu Recht bestehenden Arbeitszeit von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage zu arbeiten. Sie wird durch die allem Recht widersprechende Ausföhrung seitens der Bergbauunternehmer an der Ausübung der Arbeit behindert. Der Volksgemeinschaft erwächst aus diesem Vorgehen der Unternehmer ein unermesslicher Schaden. Auf die Unternehmer allein fällt die Verantwortung.

Mitglieder! Verantwortungslosere Elemente sind an der Arbeit. Ueberall im Ruhrrevier auftauchende Sendboten der AWD, verhalten die gewerkschaftliche Disziplin zu untergraben. Die Beauftragten der Union und der AWD, treten in offener und verdeckter Form an euch heran mit der Aufforderung, Ueberarbeitungen und Gewalttätigkeiten auszuüben. Dieses Vorgehen erhöht die Gefahr der Sezessionierung unserer Kameraden und ist das Beste für das Unternehmertum.

Kameraden! Es gilt, in dem uns aufgewungenen Kampf auszuhalten, gewerkschaftliche Disziplin zu üben und nur den Anweisungen der unterzeichneten Organisationen zu folgen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß die Ruhrbergarbeiterchaft in Ehren und ungebrochen aus diesem schweren Konflikt herausgehen kann.

Die vier Bergarbeiterverbände.

## Streikdrohung in Dirschfelde.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die sächsischen Steintohlengruben waren bis Sonnabend nachmittags noch nicht zum Abschluß gelangt. Die kommunistisch verkehrten Bergarbeiter in Dirschfelde haben am Sonnabend noch wie sonst gearbeitet, jedoch gedroht, ihre Kraftprobe am heutigen Montag zu unternehmen. Die Verfolgung der sächsischen Industrie mit Strom ist sicher gestellt.

Wie die Verf. Un. hierzu erzählt, ist ein großer Teil der Belegschaft durchaus willens, zu arbeiten, sie steht nur unter dem Terror einiger Kommunisten. Auch der Betriebsrat hat mit großer Energie von diesem unüberlegten Schritte abzuraten versucht, ist aber überstimmt worden, worauf der Vorsitzende des Betriebsrats sein Amt niedergelegt hat. Die Direktion der Aktiengesellschaft Sächsische Werke hat die Arbeiter weiter wissen lassen, daß sie diesmal nicht wieder, wie es nach Beendigung des letzten Streikes geschah, die Arbeiter in ihre alten Rechte hinsichtlich des Urlaubes usw. einlegen, sondern sie als uneingetretene Arbeiter betrachten werde.

## Der Beschluß der Arbeiterschaft vertagt.

Bittau. Zum drohenden Ausstand auf dem Dirschfelder Braunkohlenwerk wird gemeldet, daß der Beschluß der Arbeiterschaft, von heute ab den Achtstundentag einzuföhren, vertagt worden ist. Für Sonnabend abend war vom alten Bergarbeiterverbände eine Versammlung einberufen worden. Eine endgültige Klärung der Sachlage kann jedoch erst eintreten, wenn über Annahme oder Ablehnung des Berliner Schiedsspruches abgestimmt sein wird.

## Schiedsspruch in der rheinischen Metallindustrie.

Mannheim. Das zur Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie zusammengetretene Schiedsgericht fällt in Abwesenheit der Vertreter der Metallindustrie folgenden Schiedsspruch: 1. Die Arbeit wird in allen Betrieben der Metallindustrie sofort wieder aufgenommen. Maßregeln dürfen beiderseits nicht vorgenommen werden. Die Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses gilt als Fortsetzung des früheren. 2. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt auf der Grundlage des Schlichter-Schiedsspruches vom 14. April 1924. 3. Mit Wirkung vom 28. Mai erhöht sich der bisherige Lohn von 55 auf 60 Pf. Die übrigen Lohnstufen richten sich danach im Sinne der bisherigen Regelung. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 10. Mai abends 6 Uhr.